

perspektiven

Rundbrief der LOBBI
11 / Frühjahr 2014



Prozessbeobachtung – Neonazis im Kreistag
Homophobie – Polenfeindlichkeit in der Grenzregion

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Kreisgebietsreform geht ins vierte Jahr. Die offizielle Intention bietet der Langtitel des 2011 in Kraft getretenen Gesetzes: die *Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern*. Dies ist sogleich der Maßstab für eine heutige Bilanz. Und bezogen auf die rechte Szene im Land, schien es nach Konstituierung der neuen Kreistage, als habe die Reform vor allem die Schaffung zukunftsfähiger Neonazi-Strukturen begünstigt. Zusätzliche Podien, finanzielle Mittel und somit auch Personal haben der Szene Rückenwind gegeben. Darum haben wir uns, fast drei Jahre nach der Reform und kurz vor den neuerlichen Kommunalwahlen, die parlamentarische Arbeit der NPD in den Kreistagen genauer angeschaut.

Außerdem in dieser Ausgabe: ein Interview zum Thema Homophobie, einer Dimension rechter Gewalt, die häufig nur am Rande thematisiert wird, weil das TäterInnenspektrum weit über die organisierte rechte Szene hinaus reicht und Diskriminierung mehrheitsfähig ist. Ähnlich verhält es sich mit Feindseligkeiten gegenüber Polinnen und Polen in der Grenzregion. Auch hier versuchen Neonazis an subjektive Ängste und Vorurteile der BürgerInnen anzudocken und diese weiter zu schüren. Getan wird dagegen nur wenig, es fehlt vielerorts schlichtweg das Problembewusstsein.

Impressum:

PERSPEKTIVEN / April 2014

Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly-Schanzen-Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395.455 07 18
mail@lobbi-mv.de

V.i.s.d.P.: Robert Schiedewitz

Titelfoto: Ulrich Rose

05.12.2011 – Protest gegen die NPD im
neuen Kreistag Vorpommern-Greifswald.

Nur wenig später greifen Neonazis die
Protestierenden an.

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den
Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder
per Mail erhalten wollen.

Angriff im Landgericht bleibt für Neonazis weitgehend folgenlos

Am 16. März 2010 wurde in Rostock das Urteil gegen drei Neonazis im sogenannten *Pölchowprozess* gesprochen. Zu diesem Termin waren zahlreiche Menschen erschienen, die sich mit den Betroffenen des brutalen Angriffs am 20. Juni 2007 am Bahnhof Pölchow bei Rostock solidarisieren wollten. Wie schon bei den voran gegangenen Verhandlungstagen trafen auch zahlreiche Neonazis aus dem gesamten Bundesland am Landgericht ein und begannen sofort, wartende ProzessbesucherInnen anzugreifen. Obwohl es strenge Sitzungspolizeiliche Auflagen gab, war die Polizei zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend, MitarbeiterInnen des Gerichtes griffen nicht ein. Das Ergebnis: erneut mehrere Verletzte und höhnische Nazischläger, die ihr Tun sogar ge-

filmt hatten. Die folgenden Ermittlungen verliefen schleppend und blieben weitestgehend ergebnislos. Schließlich wurden lediglich die beiden Rostocker Neonazis Marcel P. und Sascha H. angeklagt. Doch statt ihnen den Prozess zu machen, einigte man sich auf eine Einstellung gegen Auflagen. Für diese Entscheidung hatte die junge Frau, die von Sascha H. geschlagen und verletzt wurde, genauso wenig Verständnis wie ihre Anwältin, die der LOBBI gegenüber äußerte: »Wie kann es sein, dass Neonazis in einem Gerichtsgebäude Menschen angreifen und dann mit einer geringen Geldauflage davon kommen, ohne sich einen Prozess stellen zu müssen? In deren Ohren muss das wie eine Einladung zu erneuten Gewalttaten klingen.« ■

Rechter »Filmriss« wird neu verhandelt

Im vergangenen Sommer kam es am Rande einer NPD-Wahlkampfveranstaltung zu einem gewaltsamen Übergriff. Der Greifswalder Neonazi Marcus Gutsche musste sich deshalb am 16. April vor Gericht dafür verantworten, einem jungen Mann durch einen Tritt in den vollen Lauf erhebliche Verletzungen zugefügt zu haben. Bereits im Vorfeld des Prozesses wurde der Tathergang durch ein anonym veröffentlichtes Video bekannt. Alle Zeuginnen und auch der Täter selbst bestätigten, dass es am Rande der Gegendemonstration zu einer Verfolgung von Gegendemonstranten durch Anhänger der NPD kam, denen wiederum weitere Personen hinterher liefen. Unter jenen befand sich auch der Nebenkläger, der bis heute unter den körperlichen Folgeschäden leidet. Gutsche gab an, als Fotograf vor Ort gewesen zu sein, um »Gegendemonstranten und die Gesamtsituation zu dokumentieren«. An die Verfolgung habe er sich zwar erinnern können, nicht jedoch an den Tritt selbst – das Adrenalin habe zu einem Blackout geführt, als er seine Freundin vor einer »schwar-

zen Wand« aus Menschen beschützen wollte, die auf sie zugestürmt sei. Das Gericht schenkte den »nebulösen Aussagen« und der Affekt-Behauptung keinen Glauben, wertete jedoch die Quasi-Einlassung und die Spontaneität der Tat trotz des festgestellten Vorsatzes als strafmildernd. Gutsche wurde zur Zahlung von 80 Tagessätzen à 20€ verurteilt. Auf Antrag wurde dem Betroffenen ein Schmerzensgeld zugesprochen, über dessen Höhe aber nicht entschieden. Der stadtbekannt Neonazi hat jedoch kurz vor Ablauf der Frist Berufung eingelegt, so dass der Fall demnächst vor dem Landgericht Stralsund erneut verhandelt werden muss.

Die Verhandlung wurde von etwa 80 Menschen vor dem Gerichtsgebäude begleitet, die Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt forderten. Durch ein massives Polizeiaufgebot, verbunden mit Einlass- und Taschenkontrollen, und das kurzfristige Verlegen der Verhandlung in einen viel zu kleinen Gerichtssaal, wurden JournalistInnen und MitarbeiterInnen der LOBBI an der Arbeit gehindert. ■

Unter Nachbarn

Vor etwa einem Jahr wurden im brandenburgischen Kremmen, bei einem gewaltsamen Übergriff durch EinwohnerInnen des Ortes, drei polnische Erntehelfer verletzt. Das Gerücht, die Polen wären in eine Wohnung eingebrochen, reichte als Rechtfertigung für einen Gewaltausbruch. Obwohl es keinerlei Belege für diesen Verdacht gab, ermittelte auch die Polizei gegen die Betroffenen und kriminalisierte sie. In der gesamten Grenzregion und somit auch in M-V kommt es immer wieder zu Anfeindungen und Attacken gegen Polinnen und Polen.

Antipolnische Ressentiments haben sehr tiefe historische Wurzeln und scheinen im Osten des Landes besonders fest verankert. Befeuert werden sie nicht selten durch die lokale Presse. Beinahe wöchentlich finden sich Berichte über verängstigte Bauern und UnternehmerInnen, die, besorgt um ihr Hab und Gut, zur Selbsthilfe greifen. Polizeimeldungen aus der Grenzregion beschränken sich zumeist auf Diebstähle; und allein die Nähe zur Grenze lässt Spielraum für Gespinste unbändiger Bandenkriminalität aus dem Osten. Finden sich TäterInnen, wird deren Nationalität nur dokumentiert, wenn sie nicht-deutscher Herkunft sind. Ungeachtet der Tatsache, dass sich Kriminalität überall in Europa zunehmend grenzüberschreitend darstellt, wird so ein Empfinden der Grenzregion als rechtslosem Raum befördert.

Das subjektive Angstgefühl, das die Feindseligkeit gegenüber PolInnen herbeiführt, ist somit kein auf die rechte Szene beschränktes Problem. Schließlich versuchte selbst der Amtsausschuss Löcknitz-Penkun im November vergangenen Jahres auf die vermeintliche Bedrohung zu reagieren, indem er sich für den Einsatz einer Bürgerwehr aussprach. Erst durch Intervention vom Landkreis, verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und sogar der Landesregierung konnte eine Aufklärung der von Vorurteilen geleiteten Initiative herbeigeführt werden. Dennoch bekommt das Angst-Szenario immer wieder Futter. Diese Stimmung wird von der NPD, die seit Jahren den Nährboden für antipolnisches Klima bereitet hat, immer wieder gerne aufgegriffen. In jedem Wahlkampf bemüht die Partei, deren nordwestmecklenburgisches Ex-Landesvorstandsmitglied Sven Krüger am anderen Ende des Bundeslandes bis vor kurzem noch wegen Hehlerei im Gefängnis saß, das Feindbild der östlichen Nachbarn als

kleinsten gemeinsamen Nenner der BürgerInnen in der Grenzregion. 2009 wollten sie die »Polen-Invasion«, 2011 den »Atomtod aus Polen« stoppen. Und immer wieder die Forderung, die Grenze zu schließen – »Polen offen? Arbeit Futsch! Auto weg!«, so die einfache Formel. Dass die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr sogar einen Rückgang der Diebstähle feststellt und eine überragende Mehrheit der Tatverdächtigen Einheimische sind, verschweigt nicht nur die NPD, sondern auch die Gewerkschaft der Polizei, die in einem Brief an das Landesinnenministerium die diffusen Ängste nutzbar machen wollte, um weiterem Stellenabbau in der Region vorzubeugen. Stattdessen muss dann eben die Wohnungseinbruchsstatistik erhalten, die mit einem Anstieg aufwarten kann. Dass die hinreichend beklemmende Stimmung auch sehr schnell in Gewalt umschlagen kann, zeigte sich nicht nur im brandenburgischen Kremmen. Im Oktober 2013 wurde ein Mann auf einer Landstraße im Kreis Vorpommern-Greifswald von Neonazis ausgebremst und geschlagen. Den Tätern hat das polnische Kennzeichen seines PKW offenbar zur Motivation gereicht. Eine aus Polen stammende Frau berichtete gegenüber der LOBBI, antipolnisch beleidigt und so heftig gepackt worden zu sein, dass Hämatome an ihren Armen zurück blieben. Auch wenn derartige Übergriffe eher die Ausnahme sind und die Vorurteile sich unterhalb der Schwelle zur Gewalt entladen, wird den polnischen MitbürgerInnen und NachbarInnen vielerorts mit rassistischem Misstrauen begegnet. Ein in Löcknitz eingesetzter Präventionsrat will sich nun verstärkt den Themen Demokratie, Toleranz und rechter Ideologie widmen. Ob sich allein damit die Grenzen in den Köpfen überwinden lassen, bleibt abzuwarten. ■

Chronologie

17.08.2013 / Schwerin

Zwei in Afghanistan geborene Männer werden in der Nacht zunächst aus einer Gruppe von sechs Personen rassistisch beleidigt und dann angegriffen. Während einer von ihnen fliehen kann, wird der andere so brutal zusammengeschlagen, dass er mit schweren Verletzungen im Gesicht und am Arm in ein Krankenhaus eingeliefert werden muss.

23.08.2013 / Rostock

Ein Mann aus Gabun ist in einem Neubaugebiet mit einem Fahrrad unterwegs, als er von mehreren Personen angesprochen wird. Da er Musik hört, versteht er nicht viel, nur das Wort »Neger«. Da er einem Streit aus dem Weg gehen möchte, beachtet er die Gruppe nicht weiter. Wenige Meter weiter wird er von einer weiteren Person vom Fahrrad geschubst und stürzt so schwer, dass er das Bewusstsein verliert. Später wird bei ihm u.a. ein Jochbeinbruch diagnostiziert, der operiert werden muss. Im Umfeld des Tatortes kommt es schon seit längerem zu rassistischen Aktivitäten, die sich vor allem gegen AfrikanerInnen richten.

20.09.2013 / Rostock

Ein aus Syrien stammender Mann wird in einem Neubaugebiet von drei Personen angegriffen. Er erhält zunächst Schläge ins Gesicht und wird dann mit einem Schlagstock so heftig geschlagen, dass er zu Boden geht. Während des Angriffs wird der Mann rassistisch beschimpft. Aufgrund erheblicher Verletzungen muss er sich fünf Tage stationär behandeln lassen.

02.10.2013 / Kühlungsborn (Landkreis Rostock)

Ein in Thailand geborener Urlauber ist mit zwei Freunden im Zentrum der Stadt unterwegs, als ein Fahrzeug mit erhöhter Geschwindigkeit auf ihn zufährt. Er kann sich nur durch einen Sprung zur Seite in Sicherheit bringen. Seine Begleiter wollen die Insassen des PKW zur Rede stellen, werden jedoch angepöbelt. Dabei kommt es auch zu eindeutig rassistischen Äußerungen. Die Polizei weigert sich zunächst, den Vorfall aufzunehmen. Später ermittelt die Staatschutzabteilung der Rostocker Kriminalpolizei.

Chronologie

12.10.2013 - Güstrow
(Landkreis Rostock)

Auf das Flüchtlingsheim im Güstrower Waldweg wird erneut ein Anschlag verübt. Unbekannte werfen mindestens zwei Böller in ein offenes Kellerfenster. Ein abgestellter Wäschekorb fängt Feuer und es kommt zu starker Rauchentwicklung. Glücklicherweise ist der Raum so beschaffen, dass es nicht zu einer Ausbreitung des Feuers kommt. Das Heim wird seit Juni bewohnt.

29.10.2013 / bei Pasewalk
(Vorpommern-Greifswald)

Ein Mann wird auf einer Landstraße im Landkreis Vorpommern-Greifswald von einem Transporter ausgebremst. Beifahrer und Fahrer steigen entschlossen aus dem Transporter aus und versuchen, den Betroffenen aus dem Auto zu zerren. Als dies nicht gelingt, schlagen sie durch die offenen Türen mehrere Minuten auf den Mann an. Der Betroffene begegnete den Tätern zuvor an einer Tankstelle, wo sie lautstark Rechtsrockmusik hörten. Als Grund für den Übergriff vermutet er sein polnisches Kfz-Kennzeichen.

07.11.2013 / Eggesin
(Vorpommern-Greifswald)

In einem Wohnblock, in dem seit kurzem Asylsuchende dezentral untergebracht sind, wird frühmorgens von Unbekannten die Scheibe einer Hauseingangstür mit einer Flasche eingeworfen. Schon im Vorfeld der Unterbringung wurde unter anderem mit einer Unterschriftenliste gegen den Zuzug von Asylsuchenden mobilisiert.

11.11.2013 / Güstrow
(Vorpommern-Greifswald)

Polizeibeamte stellen bei einer Streifenfahrt Schmierereien am Büro eines Bundestagsabgeordneten der CDU fest. Ein angebrachter Aufkleber, auf dem für eine neonazistische Homepage geworben wird, weist auf die Motivation der Täter hin. In der gleichen Nacht kommt es auch zu einer Sachbeschädigung an einem Dönerimbiss. Dort wird der gleiche Aufkleber angebracht und ein Hakenkreuz gesprüht.

27.11.2013 / Güstrow
(Landkreis Rostock)

Ein junger Mann wird im Umfeld seiner Schule von drei vermummten Neonazis angegriffen. Sie beschimpfen ihn, schlagen auf ihn ein und sprühen ihm Reizgas in die Augen. Aufgrund seiner Verletzungen muss er im örtlichen Krankenhaus behandelt werden.

»Wir können das nicht ignorieren«

Homophobe Ausgrenzung und Übergriffe gehören leider vielerorts zum Alltag, selten jedoch werden sie bekannt. Darüber und über die allgemeine Situation von LGBT Menschen (Lesbian, Gay, Bisexual und Trans) haben wir mit dem langjährigen Aktivist Roy Rietentidt gesprochen.

Hallo Roy, du bist im Landesverband für Schwule und Lesben Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam e.V. aktiv? Kannst du eure Arbeit bitte kurz schildern?

Der Landesverband ist der Dachverband der lesbisch/schwulen Vereine in Mecklenburg-Vorpommern, dient als Interessenvertretung und existiert seit 1990. Hauptaufgaben sind die fachliche Unterstützung der Vereine vor Ort, Fort- und Weiterbildung, Aufklärung, politische Interessenvertretung und landesweite Aktionen. Die jüngste Aktion ist das Netzwerk gegen Homophobie und die Erstellung eines Landesaktionsplanes.

Hast du das Gefühl, dass sich durch eure Arbeit aber auch durch den öffentlichen Diskurs seit 1990 wesentliches getan hat? Gibt es heute mehr Offenheit für das Thema?

Ja, es wurde eine Menge erreicht. Es gab Verbesserungen auf vielen Ebenen, etwa im Bereich der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Inzwischen sind auch die steuerrechtlichen Fragen geklärt, das heißt, gleichgeschlechtlich Verpartnerte haben die gleichen Steuerprivilegien wie heterosexuelle Paare. Unsere Forderung ist natürlich die vollständige Gleichstellung mit der Hetero-Ehe. Die ist noch nicht realisiert. Auch das Adoptionsrecht für Lesben und Schwule ist noch nicht geklärt. Aber insgesamt haben wir eine ganze Menge erreicht und die Öffentlichkeit ist ja, was das Thema Homosexualität betrifft, viel toleranter geworden als vor 20 Jahren. Das merken wir auch in den Projekten, die wir machen.

Diskussionen über Homosexualität etwa im Sport oder über die feste Integration des Themas in schulische Lehrpläne hat kürzlich wieder für heftige Kontroversen gesorgt. Spürt ihr die Auswirkungen von solchen Debatten in eurer Arbeit?

Ja, natürlich. So hatte etwa die Ostsee-Zeitung über die Initiative zur Erweiterung der Lehrpläne berichtet. In Le-

serbriefen wurde dann deutlich, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht so akzeptiert sind, wie wir uns das wünschen. Dass so ein Thema in die Schule rein getragen wird, wurde von vielen abgelehnt. So was zeigt uns natürlich, dass unsere Arbeit noch nicht zu Ende ist. Ich finde, die Verankerung in den Lehrplänen ist eine ganz wichtige Geschichte und dazu gehören nicht nur gleichgeschlechtliche Lebensweisen, da gehört ja noch sehr viel darunter und deshalb finde ich die öffentliche Diskussion auch zielbringend. Damals als Herr Wowerit sagte: »Ich bin schwul und das ist gut so.«, hatte es ja auch eine riesengroße Diskussion gegeben. Ich glaube, das hat der Sache sehr genützt.

Nichtdestotrotz ist homophob motivierte Diskriminierung und Ausgrenzung gesellschaftlich verankert. Wie stellt sich nach euren Erfahrungen der Alltag von LGBT Menschen in MV dar?

Die Ausgrenzung von Homosexuellen ist nach wie vor aktuell, aber sie sieht heute anders aus als noch vor 20 Jahren. Besonders schwierig ist es in ländlichen Bereichen. Schwul-lesbische Zentren und Beratungsstellen gibt es nur in den größeren Städten, der Rest ist ganz einfach nicht abgedeckt. Betroffene oder Angehörige, die Hilfe suchen, müssen also immer fahren. Wir haben natürlich auch Kenntnisse von Überfällen auf Schwule und unsere Geschäftsstellen werden ebenfalls beschmiert mit Sprüchen wie: »Schwule in die Gaskammer« Ich glaube es ist eindeutig, aus welcher Ecke sowas kommt. Und wir haben natürlich auch Ausgrenzung in Ämtern oder in Betrieben, wenn Menschen sich als gleichgeschlechtlich lebend outen und dann Repressalien erleben müssen.

Gibt es regionale Unterschiede innerhalb von Mecklenburg Vorpommern?

Ja, Unterschiede sehen wir ganz deutlich. Mecklenburg ist mit aktiven Vereinen in Schwerin, Wismar und Rostock recht gut versorgt. Anders sieht es in

Vorpommern aus. Dort gibt es kaum Angebote und wenn wir dort Infostände machen, sind wir mit so manchen Aussagen von Bürgern konfrontiert, die mehr als grenzwertig sind.

Spielt in diesem Zusammenhang auch die Politik auf lokaler, regionaler oder Landesebene eine wichtige Rolle?

Das ist ganz eindeutig so. Es gibt Kommunen, wo wir ganz gut kooperieren. Ich denke da nur mal an Schwerin. In Rostock gab es letztes Jahr Schwierigkeiten mit den Auflagen zum CSD. Auch in Stralsund gab es auch Schwierigkeiten. Dort klappt es inzwischen aber ganz gut. Auf Rügen hatten wir mit Lokalpolitikern zu tun, die unserem Thema gegenüber nicht aufgeschlossen waren.

Wie häufig schlägt Ablehnung von LGBT Menschen tatsächlich in verbale oder körperliche Gewalt um?

Es gibt sicher eine hohe Dunkelziffer von Vorfällen, die wir nicht kennen. Deshalb bereitet der Landesverband gerade eine Umfrage vor. Wir wollen mit der Fachhochschule Neubrandenburg und mit der Universität Greifswald zusammenarbeiten, um diesem Problem auf den Grund zu gehen.

Der Berliner Verein *Maneo* hat 2007/2008 eine Umfrage gemacht und danach von 300 Fällen körperlicher Gewalt in M-V gesprochen. Aber das betraf nur diejenigen, die damals erreicht wurden. Ich bin mir sicher, dass die wirklichen Zahlen weit darüber hinaus gehen. Ich glaube, das geht in die Tausende. Es fängt doch schon in der Schule an, wenn sich Schüler outen und dann gemobbt werden, das ist ja auch homophobe Gewalt. Und wenn ich die Fälle alle nehme...

Homophobe Gewalt kann ja sehr unterschiedlich aussehen und umfasst ja nicht nur die körperliche Gewalt, das kann auch seelische oder psychische Gewalt sein.

Ich selbst wurde im Januar von drei jungen Männern auf offener Straße als »schwule Sau« beschimpft und geschubst. Die wollten mich wirklich fertig machen. Dann kamen zum Glück

Passanten vorbei. Ich habe nach Hilfe gerufen und konnte fliehen.

Welche Folgen haben solche Angriffe, wenn sie bekannt werden?

Es gibt leider viele Betroffene, die versuchen, so was mit sich selbst auszumachen. Es gibt aber auch viele, die darüber sprechen, und das führt dann dazu, dass es Solidarität gibt. Da gibt es dann auch ganz konkrete Absprachen. Viele haben etwa in beliebten Cruisingbereichen eine Pfeife dabei. Wenn was passiert, wird gepfiffen. Dann wissen die anderen Bescheid und sind da.

Viel schwerer ist es für die, die sich nicht geoutet haben und an bekannten Treffpunkten unterwegs sind. Sie haben kaum Kontakte in die Szene und kommen auch nicht in unsere Beratung. Die Gefahr, Opfer homophober Gewalt zu werden, ist für diese Menschen nochmal deutlich höher.

Insgesamt versuchen wir aber schon, solche Angriffe in unseren Bereichen öffentlich zu machen und zu thematisieren. Wir können das ja nicht weg-schieben und ignorieren, weil wir uns dann aus Angst nicht mehr frei bewegen könnten. Verschweigen bringt uns ja nicht weiter.

Bietet ihr als landesweiter Verein auch Beratung nach solchen Angriffen an?

Wir bieten uns natürlich als Erstkontakt an, machen aber dann keine weitere Beratung, sondern vermitteln an andere. Wir arbeiten ja mit euch eng zusammen oder schicken Betroffene auch oft nach Hamburg oder Berlin. Ein ganz großes Problem sind fehlende Therapieangebote. Das haben wir schon ganz oft angemahnt, doch es passiert nichts. Das ist für uns absolut unverständlich. Warum gibt es bei den bestehenden Beratungsangeboten, zum Beispiel der LOBBI keine Stelle für einen Therapeuten? Wir können doch nicht voraussetzen, dass Betroffene für eine ambulante Therapie zwei Jahre lang nach Berlin fahren. Das wird sicher auch Thema beim Landesaktionsplan sein. ■

Chronologie

02.12.2013 / Neubrandenburg (Mecklenburgische Seenplatte)

In den Morgenstunden erfahren Vater und Sohn, dass sich zwei betrunkene Männer Zugang zu ihrem türkischen Imbiss verschaffen. Die Randalierer zerstören durch Zündeln und Gewalteinwirkung eine Jalousie und ein Fenster. Die alarmierte Polizei ist schnell vor Ort und versucht die Täter unter Kontrolle zu bringen. Einer der beiden tritt dabei einen der Polizeibeamten und bedroht und beleidigt den Imbissbesitzer. Der Polizei sind die Täter aus der rechten Szene bekannt.

12.12.2013 / Groß Lüsewitz (Landkreis Rostock)

Im Dorf das zur Gemeinde Sanitz gehört, wird ein Haus mit Hakenkreuzen und dem Spruch »Der Block wird brennen« beschmiert. Mehrere Wohnungen des Plattenbaus werden momentan für die Unterbringung von Asylsuchenden vorbereitet. Knapp vier Wochen zuvor kommt es auf einer Einwohnerversammlung zur geplanten Unterbringung der Geflüchteten zu zahlreichen teilweise offen rassistischen Äußerungen.

16.12.2013 / Bad Doberan (Landkreis Rostock)

Ein Asylsuchender wird in einer Diskothek von einem anderen Besucher zunächst feindselig gemustert. Kurze Zeit später schubst der Angreifer ihn in die Richtung seiner drei Begleiter und packt ihn. Anschließend schlagen die vier Männer gemeinsam auf ihn ein. Dabei verletzen sie ihn so erheblich, dass er drei Tage lang stationär behandelt werden muss.

16.12.2013 / Groß Lüsewitz (Landkreis Rostock)

Das Gebäude, in dem zukünftig auch Asylsuchende wohnen werden, wird erneut großflächig mit rassistischen Parolen beschmiert. Auch auf einer Facebookseite, die bis zu ihrer Löschung fast 500 Mal »geliked« wird, wird offen rassistisch argumentiert, mit einem »zweiten Lichtenhagen« gedroht und für eine neonazistische Homepage geworben.

Keine Kümmerer, sondern Nieten

Vor fünf Jahren zog die NPD nahezu flächendeckend in die Kreistage des Bundeslandes ein und sorgte für große Verunsicherung. Plötzlich saßen Neonazis auch in der eigenen Gemeinde und im Landkreis als gewählte Vertreter mit am Tisch. Ein Umgang damit musste von vielen erst mühsam erlernt werden und sorgt bis heute für Diskussionen. Die anstehende Kommunalwahl am 25. Mai birgt neue Spannungen, bietet aber auch die Gelegenheit für einen kritischen Blick auf die vergangene Legislaturperiode.

Strukturaufbau mit Steuergeldern

Die Ergebnisse der vergangenen Wahlen fielen regional sehr unterschiedlich aus. Neben den traditionellen Hochburgen im Südosten und -westen des Landes war generell ein besseres Abschneiden der NPD in den südlichen Landkreisen festzustellen. Ob dies ein mögliches Ergebnis der Kreisgebietsreform war, die dort besonders große Kreise produziert hatte, bleibt fraglich. Denn gute Ergebnisse erzielten die Rechten hier auch schon vorher.

So konnten die Nazis in den drei neuen Landkreisen Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Greifswald Fraktionen bilden. In der alten Gliederung klaffte hingegen eine große Lücke zwischen Ludwigslust und Vorpommern. Durch die Fusion der einzelnen Altkreise war es ihnen nun gelungen, ihre Präsenz auch im ehemaligen Parchim, Waren, Demmin und Neubrandenburg auszubauen.

Die mit dem Fraktionsstatus verbundenen Steuergelder eröffneten der Partei neue Finanzierungsmöglichkeiten für Büros, Mitarbeiter und Propagandamaterial. Eine Quelle, aus der die NPD insbesondere zu Wahlkampfzeiten – aber auch zum Zwecke der rassistischen Stimmungsmache gegen geplante Unterkünfte für Asylsuchende – aus dem Vollen schöpfte.

Feindbild: Asylsuchende

Die neuen kommunalen Strukturen kamen der NPD vor allem dann zu Gute, wenn es galt, organisatorische Engpässe auszugleichen, die vorher nur durch das geschulte Personal der Landtagsebene bewältigt werden konnten. Dies wurde bei der Organisation von Aufmärschen und Kundgebungen genauso sichtbar wie bei der Durchführung eigener Kampagnen. Thematisch ging es dabei vor allem um Hetzreden gegen Asylsuchende. Mit einer Welle von

Klein- und Kleinstkundgebungen, Flugblättern mit Falschinformationen und martialischen Aufmärschen bediente die NPD eines ihrer Kernthemen. So gelang es ihr, vor allem in der landesweiten Neonaziszene die gewohnte positive Resonanz herzustellen, aber auch eine Verunsicherung der lokalen Bevölkerung zu erzeugen oder zu verstärken.

Wohlweislich im Spannungsfeld zwischen einer versteckten Referenz an die Neonaziszene einerseits und kommunaler Politik andererseits lag die Organisation zweier Aufmärsche am 9. November 2012 in Wolgast und 2013 in Friedland verortet. Sie bildeten die Höhepunkte der Kampagne. Die unausgesprochene Botschaft im Subtext war eindeutig – der inhaltliche Zusammenhang zwischen den antisemitischen Pogromen am 9. November 1938 und einer versuchten Stimmungsmache gegen AsylbewerberInnenunterkünfte war für alle verständlich, gerichtlich jedoch schwer zu belegen.

Wenig Zaubhaftes

Die politische Arbeit in den Parlamenten, Ausschüssen und Gremien fiel hingegen eher gering aus. Abgesehen von einer Reihe von Wanderanträgen, die von den NPDlern in ähnlicher Form in fast allen Kreistagen gestellt wurden, produzierten sie nur selten spezifische Arbeitsergebnisse, die einen konkreten Bezug zu den kommunalen Themen vor Ort erkennen ließen.

Auch hier wurde immer wieder ein Gefälle zwischen den nördlichen Landkreisen, in denen es keine NPD-Fraktion gab, und den südlichen Parlamenten, in denen eigene Fraktionsmitarbeiter bezahlt werden konnten, sichtbar. Doch auch dort, wo die Nazis ein Image als »Kümmerer vor Ort« aufbauen wollten und die Gremien mit Detailanträgen zu Abfallentsorgung

oder Spielplatzgestaltung eindeckten, verblasste der Glanz meist sehr schnell. Oft war eine Umsetzung der Forderungen unrealistisch oder gar unmöglich. Den politischen Arbeitsmodus in der Kommunalpolitik haben sich die NPD-VertreterInnen nicht aneignen können. In den Stadtvertretungen von Schwerin und Rostock oder im Kreistag von Nordwestmecklenburg zeigten sie sich viele von ihnen nicht mal regelmäßig.

Dennoch war die erhoffte »Entzauberung« der neuen Rechten nicht der einfache Handstreich, für den ihn einige PolitikerInnen der demokratischen Parteien gehalten hatten. Vor fünf Jahren wurde der Vorwurf laut, die NPD habe an kommunaler Politik gar kein Interesse, sondern wolle die Gemeindevertretungen und Kreistage nur als eine weitere Bühne für radikale Stimmungsmache nutzen. Daraufhin bemühten sich viele NPD'ler, sinnvoll aussehende Anträge zu stellen, persönliche Präsenz in den Sitzungen zu zeigen, in möglichst viele Ausschüsse gewählt zu werden oder gar Bürgersprechstunden abzuhalten. Dies alles sollte Bereitschaft und Befähigung zu gründlicher Sacharbeit vermitteln. Doch es blieb häufig bei Simulationen: mit möglichst geringem Aufwand möglichst viele Anträge vorweisen. Auf die Arbeit im Detail, beispielsweise in den Ausschüssen oder bei der anstrengenden Kompromissfindung im Plenum, verzichteten die Nazis lieber, denn damit ließen sich nur schwer öffentlich wahrnehmbare Arbeitsnachweise generieren. Mit dutzenden gestellten Anträgen und kalkulierten Skandalen ließ sich dagegen ohne größere Anstrengungen eine auf den ersten Blick stattlich wirkende Bilanz vorweisen.

Ein Interesse für die politischen Gremien, die jenseits des Stammtisches nicht sichtbar waren, entwickelte die Partei ausschließlich dann, wenn sich

eine Einmischung öffentlichkeitswirksam ausschalten ließ.

Sinnvolle Gegenmaßnahmen

Doch auch die Strategien zum Umgang mit den Neonazis konnten eine Legislaturperiode lang auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden. Die strikte Ablehnung aller Anträge der Neonazis hat sich dabei besonders bewährt und hat – dort wo sie praktiziert wurde – dafür gesorgt, dass der Missbrauch der Gemeindevertretungen und Kreistage für antidemokratischen Propaganda auf ein Mindestmaß beschränkt werden konnte. Weitaus größere Erfolge konnten jedoch dort erzielt werden, wo die lokale Bürgergesellschaft als Ganzes zusammengehalten und Eigeninitiative zur Aufklärung über und Prävention vor rassistischer und rechtsradikaler Mobilisierung entfalten konnte.

Lokale Bündnisse aus Politik und Zivilgesellschaft – ob zum Protest gegen Naziaufmärsche oder für ein Familienfest an der hiesigen Flüchtlingsunterkunft – können zentrale Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente sein. Sie können Kooperation und Vernetzung vorantreiben und Ressourcen bündeln, die Reaktionen auf zukünftige Gefahren durch Nazis und Rassisten erheblich vereinfachen und langfristig einen positiven Einfluss auf das Gemeinwesen ausüben. Nur so lassen sich die politischen Strategien der Neonazis durchkreuzen und damit langfristig auch Wahlerfolge für Parteien wie die NPD verhindern.

Die von vielen erhoffte Entzauberung der Rechtsradikalen kommt nicht von allein, sondern kann nur das Resultat beharrlicher demokratischer Aufklärungsarbeit sein. Dies zeigt sich einmal mehr in Zeiten des Wahlkampfes. Dort, wo zivilgesellschaftliche Bündnisse vor Ort aktiv sind, ist es vielfach gelungen, den Vormarsch der NPD zumindest einzudämmen.

Wahlkampf auf Hochtouren

Seit etwa Anfang März kann der NPD-Wahlkampf als eröffnet betrachtet werden und damit auch in diesem Jahr deutlich früher als bei anderen Partei-

en und natürlich deutlich provokativer. Mit einer ganzen Serie von Kleinstkundgebungen und Infoständen in der Region um die Mecklenburgische Seenplatte lief die Maschinerie an. Die Kundgebungen wurden auf andere Regionen ausgeweitet und es kam wie schon so oft zu Übergriffen auf Gegen-demonstrantInnen. Diese erste Wahlkampfunde mündete in einem als »Bürgerprotest« getarnten Aufmarsch am 22. März in Ueckermünde, zu dem etwa 240 Neonazis – vor allem aus der Region – anreisten. Aus diesem Anlass versuchten lokale Kader, das altbekannte Label *Schöner und sicherer Wohnen* zu reaktivieren, um den Anschein parteilicher Unabhängigkeit zu erwecken. Genutzt hatte es ihnen jedoch wenig. Weder die Polizei noch die Lokalpolitik behandelten den Aufmarsch anders als gewohnt und das Interesse der EinwohnerInnen hielt sich in Grenzen. Stattdessen regte sich im Vergleich zu früheren öffentlichen Auftritten vor Ort ein deutlich wahrnehmbarer Gegenprotest.

Schöner und sicherer Wohnen wird auch zur Wahl am 25. Mai antreten und ist damit nicht die einzige rechte Wählervereinigung in der Region. Eine andere nennt sich *Wir von hier*. Dieser Titel soll die lokale Verankerung herausstreichen und zugleich positive Assoziationen mit anderen politischen Akteuren hervorrufen. Die Gefahr einer Verwechslung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie etwa dem Lokalen Aktionsplan *Wir von hier – gemeinsam für unsere Insel auf der Insel Usedom*, wird dabei bewusst in Kauf genommen, wahrscheinlich sogar beabsichtigt.

Parteiinterner Kraftakt

Im landesweiten Maßstab zeigte sich aber, dass die NPD nicht überall neue Wege beschreiten kann. In einigen Regionen hatte sie stattdessen alle Hände voll damit zu tun, genügend Kandidaten zu finden. In Nordwestmecklenburg musste etwa das 70-jährige NPD-Urgestein Rainer Schütt reaktiviert werden. Der ehemalige Wismaraner Landtags- und Bundes-

tagskandidat war schon länger nicht mehr zu Wahlen angetreten. Doch um die Liste in diesem Jahr voll zu bekommen, braucht es offensichtlich jeden. So auch Klaus Streif, den Vater des NPD-Funktionärs Tino Streif. Er ist Jahrgang 1949. Für eine Überraschung sorgte die NPD dagegen im Landkreis Rostock. Hier konnte sie ihre Liste von vier auf sieben BewerberInnen ausbauen. Allerdings beruht dieser Boom auf eher zweifelhaftem Personal. So treten hier der bereits in Rostock gescheiterte David Petereit und der wegen eines bewaffneten Überfalls auf einen Jugendclub verurteilte Nils Matischent an. Petereit errang bereits 2009 ein kommunales Mandat in der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock, legte dieses allerdings nach langer Inaktivität nieder.

In anderen Regionen reichen hingegen selbst solche Manöver nicht mehr aus, um den Schein zu wahren. In Schwerin traten 2009 noch drei Kandidaten an, von denen immerhin Bernd Wulff ein Mandat erringen konnte. Doch stand die kommunalpolitische Arbeit der NPD in der Landeshauptstadt anscheinend unter keinem guten Stern. Wulff reichte das Mandat nach langen Fehlzeiten an seinen Nachrücker Günter Wohlert weiter, damit dieser schließlich durch weitestgehende Abwesenheit bis zum Ende der Legislaturperiode glänzen konnte. Zur kommenden Wahl tritt in der Stadt folgerichtig niemand mehr für die Partei an.

In der Summe müssen die Neonazis auf Kreisebene mit 55 KandidatInnen einen leichten Rückgang gegenüber den 60 BewerberInnen der vorangegangenen Wahlperiode verkraften. Wenn man den aktuellen Wahlumfragen Glauben schenkt, dürfen sie keine allzu großen Erfolge erwarten. Viel mehr könnte die Wahl für die NPD zu einem kommunalen Abwehrkampf werden: zumindest in drei Landkreisen stehen mit dem Fraktionsstatus – ab vier Mandaten – auch relevante finanzielle Einnahmequellen für die notorisch klamme Partei auf dem Spiel. ■

Das NSU-Watch-Blog ist ein Netzwerk aus ProzessbeobachterInnen aus dem ganzen Bundesgebiet, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Prozess gegen die noch lebenden mutmaßlichen Mitglieder und einige Unterstützer des sogenannten *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)* vor dem Münchener Oberlandesgericht zu beobachten und zu dokumentieren.

Ziel der Arbeit ist es, eine Dokumentation der Verhandlung zur Verfügung zu stellen, die es auch Nicht-Anwesenden ermöglicht, Einblicke in den Prozess und das Geschehen drumherum zu bekommen. Diese Arbeit ist, bei bisher über 100 Verhandlungstagen und über 250 ZeugInnen-Aussagen, nur durch großen personellen Aufwand zu bewerkstelligen. Dafür ist das Netzwerk auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Weiterführende Informationen finden sich im Netz unter:

■ nsu-watch.info



Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Beraten

Die LOBBI berät nach rassistischen, homophoben, antisemitischen und anderen politisch rechts motivierten Angriffen die direkt Betroffenen, Angehörige und ZeugInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung.

Stärken

Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen rechter Gewalt und vermittelt Netzwerkkontakte. Der Verein regt auf lokaler Ebene Prozesse an, die eine Solidarisierung mit den Opfern zum Ziel haben.

Informieren

Die LOBBI fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit. Die MitarbeiterInnen recherchieren und dokumentieren den Umfang rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Über die Situation der Betroffenen informieren wir unter anderem mit Vorträgen und Infotischen.

Kontakt

Unsere Regionalbüros

LOBBI West

Hermannstraße 35
18055 Rostock
Mobil: 0170.528 29 97
Telefon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de



LOBBI Ost

Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.844 21 89
Telefon: 0395.455 07 18
Fax: 0395.455 07 20
ost@lobbi-mv.de

LOBBI wird gefördert durch



Unsere Bankverbindung

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
IBAN: DE22 1305 0000 0205 0405 94
SWIFT-BIC: NOLADE21ROS